

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/5471 -**

Versucht die Region Hannover, sechs Jahre nach Beginn umfangreicher Baumaßnahmen am Fliegerhorst Wunstorf, den Fliegerhorst Wunstorf, die Standortentscheidung für das Lufttransportgeschwader 62 und die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?

Anfrage des Abgeordneten Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung,
eingegangen am 30.03.2016, an die Staatskanzlei übersandt am 06.04.2016

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens
der Landesregierung vom 18.05.2016,
gezeichnet

Stefan Wenzel

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Fliegerhorst Wunstorf zeichnet sich für das „Bundeswehrland Nr. 1“ (Drucksache 17/390) als eine Perle in Sachen Innovation, Investition und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen aus. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Baumaßnahmen am Standort ausgeführt, die den Fliegerhorst Wunstorf zu einem der modernsten Militärflugplätze in Europa gemacht haben. Er ist zudem der einzige Standort der deutschen Transportflugzeugflotte.

Von den durchgeführten Baumaßnahmen sind auszugsweise zu nennen:

- Anpassung der Ost/West-Start- und -Landebahn,
- Neubau des Ausbildungszentrums A400M,
- Neubau eines Liegeplatzgebäudes,
- Neubau der Instandsetzungshalle in zwei Bauabschnitten,
- Neubau der Feuerwache,
- Anpassung der Abstellflächen der Flugzeuge,
- Neubau der Wasch- und Wartungshalle,
- Neubau des Logistikzentrums.

Hinzu kommen Sanierungen und Neubauten von Unterakunftsgebäuden, Parkplätzen und Zufahrtsstraßen sowie der Neubau der Hauptwache. In der Summe wird vom größten Infrastrukturprojekt der Luftwaffe in Deutschland gesprochen. Der erste Spatenstich erfolgte am 4. September 2009, also vor über sechs Jahren, und die Baumaßnahmen werden sich mindestens noch bis ins Jahr 2020 hinziehen. Am Ende wird am Steinhuder Meer, neben den 40 A400M, eine Investitionshöhe von ca. 400 Millionen Euro stehen. Sie werden sich auch auf die wirtschaftliche Bedeutung für die Region auswirken.

Seit einiger Zeit wird über den Versuch der Region Hannover berichtet, in unmittelbarer Nähe zum Fliegerhorst Wunstorf ein Naturschutzgebiet, das NSG „Totes Moor“, auszuweisen. Aus Presseberichten der *HAZ* (03.02.2016, 02.03.2016) und der *NP* (19.02.2016) geht hervor, dass die Verordnung zum geplanten NSG zu einer wesentlichen Beeinträchtigung des Fliegerhorstes Wunstorf mit seiner essenziellen Bedeutung für die Landes- und Bündnisverteidigung führen kann. Direkt neben diesem wichtigen Militärflughafen weist die Region Hannover eines der größten Naturschutzgebiete von Niedersachsen mit Start- und Landeverboten sowie Mindestflughöhen aus.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee im Einsatz. Sie ist auf eine professionelle, umfängliche und immer wiederkehrende Übung von Grundfertigkeiten, Routinen und taktischen Einsatzfähigkeiten angewiesen. Um die Belastung für die umliegenden Bewohner, die Umwelt und die Natur gering zu halten und die Kosten für den Steuerzahler zu reduzieren, sind am Standort auch modernste Flugsimulatoren und ein Frachtraumtrainer installiert. Trotzdem sind Echtflüge unerlässlich.

In der Drucksache 17/390 führt die Landesregierung aus: „Es gehört aus Sicht der Landesregierung deutlich in das öffentliche Bewusstsein gerückt, welche Leistungen die Bundeswehr für die Freiheit und Sicherheit unseres Landes und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger seit nun knapp sechs Jahrzehnten erbringt. Die Bundeswehr ist und bleibt eine starke Institution der wehrhaften Demokratie in unserem Land - eine Institution, die zu Recht ein großes Vertrauen in der Bevölkerung genießt. Die Bundeswehr ist ein Garant unserer Sicherheit und Freiheit.“ Und weiter: „Die Bundeswehr hat als Teil der Exekutive für Niedersachsen verfassungsrechtlich, sicherheits-, arbeitsmarkt- und wirtschaftsstrukturpolitisch eine landespolitisch hohe Bedeutung. Die Landesregierung erkennt in diesem Sinne die Bedeutung der Bundeswehr und ihres verfassungsrechtlich aufgegebenen Verteidigungsauftrags in Niedersachsen an. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Bundeswehr mit ihren besonderen technischen und personellen Fähigkeiten - die so nur von ihr kurzfristig zur Unterstützung zur Bewältigung von Naturkatastrophen und anderer großer Schadenslagen bereitgestellt werden können - auch künftig unverzichtbarer Bestandteil eines funktionierenden Bevölkerungsschutzes ist. Die Neuausrichtung der Bundeswehr muss daher auch die Notwendigkeit einer künftigen Sicherstellung der Funktionsfähigkeit dieses integrativen Katastrophenabwehrsystems berücksichtigen.“ Und: „Die Landesregierung erkennt das Erfordernis des Übens der Streitkräfte im Rahmen ihres verfassungsmäßigen Auftrags an.“

In der Drucksache 17/2800 führt die Landesregierung aus: „Bei der Erfüllung ihres verfassungsrechtlichen Auftrags wird die Bundeswehr von der Landesregierung in jeder nur möglichen Weise unterstützt. Dies gilt auch für jeden einzelnen Bundeswehrstandort in Niedersachsen“.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Meldung der niedersächsischen EU-Vogelschutzgebiete sowie die der EU-Kommission vorzuschlagenden niedersächsischen FFH-Gebiete erging für jedes Natura 2000-Gebiet auf der Basis eines entsprechenden vorherigen Kabinettsbeschlusses des Landes Niedersachsen. So erfolgte die Meldung des hier in Rede stehenden EU-Vogelschutzgebietes „Steinhuder Meer“ am 27. August 2002 gemäß Kabinettsbeschluss vom 12. Juni 2001.

Die Ausweisung des nun in Rede stehenden Naturschutzgebiets (NSG) „Totes Moor“ vollzieht - soweit es die überlagerten FFH- und EU-Vogelschutzgebiete betrifft - lediglich den letzten Schritt der EU-rechtlich geforderten Sicherung der Natura 2000-Gebiete. Die Sicherung der Natura 2000-Gebiete erfolgt in Niedersachsen durch einen hoheitlichen Gebietsschutz (vgl. Drs. 17/872; hier: Vorbemerkung der Landesregierung).

§ 32 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) verpflichtet dazu, die gemeldeten EU-Vogelschutzgebiete sowie die in die EU-Liste der Gebiete von Gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommenen FFH-Gebiete „entsprechend den jeweiligen Erhaltungszielen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 zu erklären“. Das BNatSchG verlangt damit grundsätzlich eine Unterschutzstellung der benannten Natura 2000-Gebiete innerhalb des von ihm vorgegebenen Kanons der Schutzgebietskategorien. Die Schutzerklärung nach § 22 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG hat dabei den Anforderungen von § 32 Abs. 3 Satz 1 bis 3 BNatSchG zu genügen. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Aussage der EU-Kommission im Kommissionsvermerk zur Ausweisung von besonderen Schutzgebieten vom 14. Mai 2012, dass bei der Sicherung die Abgrenzung des Gebiets von der des gemeldeten Gebiets nicht abweichen dürfe. Die Europäischen Vogelschutzgebiete sind somit vollständig unter Schutz zu stellen.

Zuständig und ermächtigt für den Erlass einer Naturschutzgebietsverordnung sowie auch einer Landschaftsschutzgebietsverordnung ist die von dem zu sichernden Gebiet örtlich berührte untere Naturschutzbehörde, d. h. im vorliegenden Fall die Region Hannover.

Der in Rede stehende Entwurf der Verordnung zum Naturschutzgebiet „Totes Moor“ sieht in § 4 Abs. 4 Nr. 7 vor, dass es verboten ist, im NSG und außerhalb einer Zone von 500 m Breite um das NSG herum unbemannte Luftfahrzeuge zu betreiben sowie mit bemannten Luftfahrzeugen zu starten, eine Mindestflughöhe von 600 m zu unterschreiten oder zu landen.

Das geplante NSG „Totes Moor“ liegt nach Informationen des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUSBw) in einer Entfernung von ca. 1 350 m bis ca. 8 250 m nord-nordwestlich des Flugplatzbezugspunktes. Zuzüglich eines lateralen Puffers von 500 m ergibt sich ein Minimalabstand von 850 m zum Flughafenbezugspunkt. Der Flughafen selbst liegt damit außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs der geplanten Verordnung (einschließlich Puffer). Die Regelung des § 4 Abs. 4 Nr. 7 des Verordnungsentwurfs kann aber von Bedeutung sein, wenn dessen räumlicher Geltungsbereich (einschließlich Puffer) bei bestimmten Anflug- und Platzrundenverfahren überflogen wird.

Die Unterschutzstellung erfolgt nach einem gemäß § 22 BNatSchG in Verbindung mit § 14 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) formalisierten Verfahren. Mit Blick auf das Ordnungsverfahren zum geplanten NSG „Totes Moor“ stellt sich der Sachstand nach Auskunft der Region Hannover wie folgt dar: Das öffentliche Beteiligungsverfahren wurde - nach einem zusätzlichen, fast zweijährigen informellen Vorverfahren - gemäß § 22 BNatSchG in Verbindung mit § 14 NAGBNatSchG durchgeführt und abgeschlossen. Den betroffenen Gemeinden und Behörden ist am 27. Februar 2015 die Gelegenheit gegeben worden, sich bis zum 30. April 2015 zum vorgelegten Verordnungsentwurf und dessen Anlagen (Karten) zu äußern bzw. eine Fristverlängerung für die Einreichung ihrer Stellungnahme zu beantragen. Von der Fristverlängerung (teilweise bis Juli 2015) haben insbesondere die Stadt Wunstorf, die Stadt Neustadt und das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (jetzt: Amt für regionale Landentwicklung Leine Weser/Domänenamt) Gebrauch gemacht. Das Beteiligungsverfahren endete mit Vorlage der überarbeiteten Ausweisungsunterlagen zur Beschlussfassung bei den für die Entscheidung zuständigen politischen Gremien der Region Hannover.

Am 7. Januar 2016 wurde die Beschlussdrucksache 2866 der Region Hannover vom 16. Dezember 2015 (Verordnung über das Naturschutzgebiet „Totes Moor“) öffentlich zugänglich gemacht, am 19. Januar 2016 erfolgte im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz der Region Hannover eine erste Beratung. In der Ausschusssitzung der Region Hannover wurde am 19. Januar 2016 in der Bürgerfragestunde die Frage gestellt, ob die Bundeswehr bzw. der Fliegerhorst in Wunstorf am Verfahren beteiligt wurde. Diese Frage wurde seitens der Region Hannover bejaht. Allerdings wurde vom zuständigen BAIUSBw weder eine Stellungnahme im Rahmen der Fristen des Beteiligungsverfahrens abgegeben noch wurde eine Fristverlängerung beantragt. Erst mit Schreiben vom 3. Februar 2016 wurde der Region Hannover eine Stellungnahme des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr übermittelt.

Mit Schreiben vom 2. Februar 2016 wies die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) in ihrer Funktion als Luftfahrtbehörde gegenüber der Region Hannover auf die aus ihrer Sicht bestehende Zuständigkeitsproblematik in Bezug auf die Mindestflughöhe hin.

Mit Blick auf die Belange des Fliegerhorstes Wunstorf fand am 5. April 2016 ein abschließendes Gespräch zwischen der Region Hannover mit Vertretern der Bundeswehr im Fliegerhorst Wunstorf statt. Bei diesem Gespräch wurde die Region Hannover vom Ersten Regionsrat Prof. Dr. Prieb vertreten. Die Bundeswehr war neben dem Standortkommandanten Oberst Bette und den betroffenen diversen Dienststellen unter Gesprächsleitung von Referatsleiterin des BAIUSBw Infra I 3 Frau Appel vertreten.

Das Ergebnis dieser Besprechung hat erkennen lassen, dass die durch die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung behauptete Konfliktlage nicht besteht. Die Befürchtung, die Region Hannover würde neuerliche, erhebliche Investitionen gefährden und die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ist aus der Luft gegriffen. Die Landesregierung und die Region Hannover haben den Fortbestand des Militärflugplatzes Wunstorf einschließlich seines militärisch erforderlichen Flugbetriebs zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt.

Inhaltlich liegt dem Sachverhalt sowie der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung die Fragestellung zugrunde, wie die Regelungen des Luftverkehrsrechtes, d. h. die Festlegung von Luft-

sperrgebieten und Gebieten mit Flugbeschränkungen sowie für die Genehmigung von Abweichungen in Gebieten mit Flugbeschränkungen nach § 17 Abs. 1 der Luftverkehrs-Ordnung - hier speziell mit Blick auf die Belange der Bundeswehr - sowie des Naturschutzrechts, d. h. den in der Schutzgebietsverordnung formulierten Mindestflughöhen, rechtlich ineinandergreifen und faktisch zu vollziehen sind.

Hierzu ist festzustellen, dass die Regelungen des Luftverkehrsrechts eine Regelung zu Mindestflughöhen in einer Naturschutzgebietsverordnung nicht ausschließen. Die Region Hannover trifft in der Naturschutzgebietsverordnung keine luftverkehrsrechtlichen Regelungen. Unstrittig ist die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Festlegung von Flugbeschränkungsgebieten, die diejenigen Mindestflughöhen luftrechtlich festlegen, die unter Berücksichtigung der örtlichen naturschutzfachlichen Belange naturschutzrechtlich bestimmt sind. Dabei ist das BMVI bei der Festsetzung von Luftbeschränkungen nach § 17 Luft-VO nicht an die Vorgaben der Schutzgebietsverordnung gebunden, sondern entscheidet in eigener Zuständigkeit über deren Übernahme. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Region Hannover, die Festsetzung eines entsprechenden Luftbeschränkungsgebietes nach Inkrafttreten der Schutzgebietsverordnung zeitnah beim BMVI zu beantragen.

Mit Blick auf den Fliegerhorst Wunstorf ist bezüglich der in der Naturschutzgebietsverordnung geplanten Festsetzung von Abständen und Mindestflughöhen festzuhalten, dass für die zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben notwendigen militärischen Flüge eine Ausnahme begründet wurde, die ein Abweichen von den Vorschriften über das Verhalten im Luftraum zulässt. Es besteht nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 der geplanten Schutzgebietsverordnung für das NSG „Totes Moor“ für den Militärflugplatz Wunstorf einschließlich seines militärischen Flugbetriebes eine Freistellung für die Nutzung und Unterhaltung der bei Verordnungserlass bestehenden rechtmäßigen Anlagen und Einrichtungen in der bisherigen Art und dem bisherigen Umfang (Bestandsschutz).

Die Hinweise und Anregungen, die nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens und nach Vorlage der Beschlussdrucksache der Region Hannover vom 16. Dezember 2015 für die dortigen politischen Gremien eingegangen sind, wurden von der Verwaltung der Region Hannover bewertet. Im Ergebnis beabsichtigt die Region Hannover, in § 4 Abs. 4 Nr. 7 des Entwurfs der Verordnung zum NSG „Totes Moor“ folgenden klarstellenden Halbsatz zu ergänzen: „hiervon unbeschadet bleiben die Abweichungsmöglichkeiten insbesondere auch der Bundeswehr nach § 30 LuftVG,“. Nach Auskunft der Region Hannover befindet sich das Ausweisungsverfahren zum geplanten NSG „Totes Moor“ nach Abschluss der Bearbeitung der Anregungen und Bedenken in der Phase der politischen Beschlussfassung. Nach der erneuten Behandlung des Schutzgebietsentwurfs am 7. April 2016 im Umweltausschuss der Region hatte man für den 26. April 2016 die Befassung im Regionsausschuss und für den 3. Mai 2016 den maßgeblichen Beschluss der Regionsversammlung vorgesehen.

Sowohl die Region Hannover als auch die Landesregierung sind sich der besonderen Bedeutung des Militärflugplatzes Wunstorf bewusst. Mit der im November 2004 getroffenen Stationierungsentscheidung für die Bundeswehr hat das Bundesministerium der Verteidigung entschieden, auf dem Militärflugplatz Wunstorf das Transportluftfahrzeugmuster A400M als Nachfolger des Flugzeugmusters C 160 - Transall zu stationieren. Mit dem Flugzeugmuster A400M besitzt der Standort Wunstorf damit künftig ein Alleinstellungsmerkmal. Bereits seit 2010 ist das Lufttransportgeschwader 62 (LTG 62) eingebunden in einen internationalen Verbund aus sieben Nationen, welche in der NATO Lufttransportfähigkeiten zur Verfügung stellen. Aus der Stationierungsentscheidung resultieren Infrastrukturmaßnahmen über einen mehrjährigen Zeitraum. Beginn der damit einhergehenden Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen war im September 2009.

1. Sind der Landesregierung die beschriebenen Vorgänge um den Fliegerhorst Wunstorf bekannt? Wenn ja: Seit wann?

Dem MU ist die Diskussion zum Entwurf der Verordnung zum NSG „Totes Moor“ mit Blick auf den Fliegerhorst Wunstorf seit dem 10. März 2016 bekannt.

2. Sind der Landesregierung Stellungnahmen zum Vorgehen der unteren Naturschutzbehörde in Sachen NSG „Totes Moor“ durch beteiligte Landesbehörden bekannt?

Die von der NLStBV als Luftfahrtbehörde gegenüber der Region Hannover geäußerten Zweifel, ob diese luftverkehrsrelevante Regelungen treffen könne und müsse, sind dem MU von der Region mit Bericht vom 11. April 2016 in synoptischer Form übermittelt worden.

3. Wenn ja: Wie lauten diese Stellungnahmen, treffen sie zu, und wie steht die Landesregierung zu den Stellungnahmen?

Hinsichtlich der durch die NLStBV aufgeworfenen Frage der Ermächtigung der Region zum Erlass luftverkehrsrelevanter Regelungen wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

Zudem weist die NLStBV auf bestehende Regelungen zu Mindestflughöhen hin: Hinsichtlich der aus Sicht des Naturschutzes unzureichenden Reichweite der bestehenden Normierung der Mindestflughöhen wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

Hinsichtlich der Reichweite der Regelungen des „Aircraft relevant Bird Areas“ (ABA) Nr. 134 „Steinhuder Meer“ wird auf die Ausführungen zu Frage 13 verwiesen.

4. Kann die Landesregierung nachvollziehen, dass sechs Jahre nach Beginn umfangreicher Baumaßnahmen für den für die Region, für das Land und für die Bundesrepublik Deutschland bedeutsamen Militärflughafen die Region Hannover Start- und Landeverbote, Mindestflughöhen und weitere einschränkende Maßnahmen vorschreiben möchte?

Die Fragestellung geht in ihrer Intention fehl, denn sie suggeriert, dass die Region Hannover grundlos beabsichtige, den Militärflughafen Wunstorf zu behindern. Richtig ist, dass das geplante NSG „Totes Moor“ u. a. das EU-Vogelschutzgebiet „Steinhuder Meer“ umfasst und dieses hoheitlich - d. h. im vorliegenden Fall durch ein Naturschutzgebiet und unter Berücksichtigung der Natura 2000-relevanten Belange - zu sichern ist.

Bezüglich der zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben notwendigen militärischen Flüge besteht nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 der geplanten Schutzgebietsverordnung für das NSG „Totes Moor“ für den Militärflugplatz Wunstorf einschließlich seines militärischen Flugbetriebes eine Freistellung für die Nutzung und Unterhaltung der bei Verordnungserlass bestehenden rechtmäßigen Anlagen und Einrichtungen in der bisherigen Art und dem bisherigen Umfang (Bestandsschutz).

5. Ist die Region Hannover rechtlich in der Lage, dem NATO-Militärflugplatz in Wunstorf in Friedenszeiten Start- und Landeerlaubnisse vorzugeben und den Flug- und Übungsbetrieb derart einzuschränken?

Die Region Hannover trifft keine luftverkehrsrechtlichen Regelungen.

6. Wenn ja: Auf welcher rechtlichen Grundlage?

Siehe Antwort zu Frage 5.

7. Wenn nicht: Wann wird diesem Vorgehen durch wen Einhalt geboten?

Siehe Antwort zu Frage 5. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zum Bestandsschutz in der Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

- 8. Ist hierfür lediglich der Weg über Freistellungen im NSG-Verordnungsentwurf möglich, oder gibt es noch weitere Möglichkeiten?**

Wird auf eine (von sich aus wirksame) Freistellung im Interesse des Bestandsschutzes (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 der geplanten NSG-Verordnung) verzichtet, können einzelne dann verbotene Nutzungen auch im Wege einer Befreiung im Einzelfall zu gelassen werden.

- 9. Vor dem Hintergrund, dass zur Lösung des durch die untere Naturschutzbehörde herbeigeführten Konfliktes eine sogenannte Klarstellungsregelung zur NSG-Verordnung in Betracht gezogen werden könnte: Wie beurteilt die Landesregierung eine solche Hilfskonstruktion zur Lösung dieses Konfliktes zwischen der Region Hannover und dem Bundesministeriums für Verteidigung und den berechtigten Belangen der Bundeswehr?**

Die geplante Ergänzung des § 4 Abs. 4 Nr. 7 des Verordnungsentwurfs begegnet keinen Bedenken. Die dort genannte Abweichungsmöglichkeit nach § 30 LuftVG bleibt von der geplanten Verordnung unberührt.

- 10. Wie bewertet die Landesregierung die von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mehrfach geäußerten Zweifel über die sachliche Zuständigkeit bzw. Berechtigung der unteren Naturschutzbehörde für derartige Einschränkungen des Flugverkehrs - Bezug § 4 Abs. 4 Nr. 7 der NSG-Verordnung „Totes Moor“ - in unmittelbarer Nähe des Fliegerhorstes Wunstorf?**

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.

- 11. Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang § 17 der Luftverkehrs-Ordnung?**

Die Regelungen des Luftverkehrsrechtes - und hier speziell des § 17 Abs. 1 Luft-VO - schließen eine Festsetzung von Mindestflughöhen in einer Naturschutzgebietsverordnung nicht aus. Unstrittig ist die formale Zuständigkeit des BMVI für die Festlegung von Flugbeschränkungsgebieten.

- 12. Wie bewertet die Landesregierung den § 37 der Luftverkehrs-Ordnung oder andere normierenden Regelungen zur Einheitlichkeit von Flughöhen?**

Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 923/2012 der Kommission vom 26. September 2012 legt im Anhang SERA. 5005 f) (hier Nr. 2) luftfahrtrechtliche Mindestflughöhen fest. Die Regelungen dienen dazu, eine „nahtlose Erbringung sicherer und effizienter Flugverkehrsdienste innerhalb des einheitlichen europäischen Luftraums zu gewährleisten“ und sind beim Flugverkehr einzuhalten. Eine besondere naturschutzfachliche Schutzbedürftigkeit bestimmter Gebiete bleibt dabei unberücksichtigt.

- 13. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das in Rede stehende Gebiet bereits als luftfahrtrelevantes Vogelgebiet (Aircraft relevant Area) eingestuft ist und hierdurch Mindestflughöhen von 600 m empfohlen werden: Sind diese Einstufung und Empfehlung bereits ausreichend, um dem Schutzzweck gemäß § 3 der NSG-Verordnung „Totes Moor“ zu entsprechen? Wenn nicht: Warum nicht?**

Natura 2000-Gebiete sind hoheitlich zu sichern. Dies erfordert eine dauerhafte, verbindliche und drittwirksame Sicherung. Die Verordnung zur Sicherung eines Natura 2000-Gebietes muss - allein schon aus Gründen der Rechtsklarheit - selbst alle erforderlichen Inhalte für die Sicherung umfassen. Die Regelungen des ABA Nr. 134 „Steinhuder Meer“ sind jahreszeitlich beschränkt und besitzen lediglich empfehlenden Charakter. Die Markierungen und Hinweise der ABAs sollen den Piloten ermöglichen, Kollisionsrisiken leichter zu erkennen und Störungen zu vermeiden.

Unabhängig von den formalen Anforderungen an eine Sicherung der Natura 2000-Gebiete zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre deutlich, dass die Regelung des ABA 134 den naturschutzrechtlichen Erfordernissen sowie der europarechtlich zwingend und zeitnah geforderten Sicherung des Vogelschutzgebietes „Steinhuder Meer“ nicht genügt.

14. Seit wann gibt es am Fliegerhorst Wunstorf Flugbetrieb?

Auf dem Militärflugplatz Wunstorf gibt es seit dem Jahr 1935 Flugbetrieb: Dieser erfolgte zunächst durch die Wehrmacht, dann nach Ende des 2. Weltkriegs durch die Alliierten und seit der Übergabe des Fliegerhorstes an die Bundeswehr im März 1958 durch die Luftwaffe.

15. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sechs Jahre nach Beginn umfangreicher Baumaßnahmen und millionenschweren Ausgaben am Fliegerhorst Wunstorf zu erheblichen Einschränkungen des Flugbetriebs durch eine untere Naturschutzbehörde kommen soll: Entspricht dies nicht einer Entwertung/Teilentzignung der Investitionen?

Die behauptete Konfliktlage besteht nicht. Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.

16. Wenn ja: Würde hierdurch ein Regressfall ausgelöst?

Siehe Antwort zu Frage 15.

17. Wenn ja: Wer kommt für den Schaden auf?

Siehe Antwort zu Frage 15.

18. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sechs Jahre nach Beginn umfangreicher Baumaßnahmen und millionenschweren Ausgaben am Fliegerhorst Wunstorf zu erheblichen Einschränkungen des Flugbetriebs durch eine untere Naturschutzbehörde kommen soll: Würde die Landesregierung der Bundeswehr raten, in Zukunft keine weiteren Investitionen mehr am Standort Wunstorf zu tätigen? Wenn nicht: Warum nicht?

Die behauptete Konfliktlage besteht hinsichtlich „umfangreicher Baumaßnahmen und millionenschwerer Ausgaben am Fliegerhorst Wunstorf“ nicht. Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.

Es besteht keine Veranlassung, der Bundeswehr von weiteren Investitionen am Standort Wunstorf abzuraten.

19. Steht die Landesregierung zum Fliegerhorst Wunstorf, einschließlich aller für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb erforderlichen Bauten, Maßnahmen und Einrichtungen, z. B. einem Schießstand und dessen Nutzung?

Stationierungs- und Standortentscheidungen der Bundeswehr liegen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Landesregierung begrüßt die Entscheidung, den Militärflugplatz Wunstorf zum künftig einzigen Standort der Transportflieger der Bundeswehr und damit auch zu einem internationalen Drehkreuz des Lufttransports auszubauen. Es liegt im Interesse der Landesregierung, dieses Alleinstellungsmerkmal nicht einzuschränken, damit die Ausbildungs- und Einsatzbereitschaft des LTG 62 gewährleistet sowie die in der NATO eingegangenen Bündnisverpflichtungen eingehalten werden können.

20. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, um der Bundeswehr am Fliegerhorst Wunstorf das in den Drucksachen 17/390 und 17/2800 zum Ausdruck gebrachte Verständnis schnell und unkompliziert entgegenzubringen?

Mit Schreiben vom 3. Februar 2016 wurde der Region Hannover eine Stellungnahme des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr übermittelt. Mit Blick auf die Belange des Fliegerhorstes Wunstorf fand am 5. April 2016 ein Gespräch zwischen der Region Hannover mit Vertretern der Bundeswehr im Fliegerhorst Wunstorf statt. Bei diesem Gespräch wurde die Region Hannover vom Ersten Regionsrat Prof. Dr. Priebis vertreten. Die Bundeswehr war neben dem Standortkommandanten Oberst Bette und den betroffenen diversen Dienststellen unter Gesprächsleitung von Referatsleiterin des BAIUDBw Infra I 3 Frau Appel vertreten. Im Ergebnis des Gesprächs besteht der vom Fragesteller angenommene Konflikt nicht. Das Verständnis der Landesregierung kann den benannten Drucksachen entnommen werden.

21. Ist das Vorgehen der Region Hannover in Sachen Ausweisung des NSG „Totes Moor“ mit Bezug auf die von der Region propagierten Einschränkungen für die Bundeswehr eher positive Standortwerbung oder eher negative Standortwerbung für das „Bundeswehrland Nr. 1“ (Drucksache 17/390)?

Anfängliche Bedenken der Bundeswehr wurden aufgegriffen. Die Region Hannover und die Bundeswehr haben festgestellt, dass der angenommene Konflikt nicht besteht. Das für alle Beteiligten geltende Recht wird gewahrt. Im Verfahren zur Ausweisung des NSG „Totes Moor“ bleiben die Belange der Bundeswehr berücksichtigt. So sieht positive Standortwerbung aus.

22. Erkennt die Landesregierung für sich Handlungsbedarf, um dem Fliegerhorst Wunstorf die nötige Standortsicherheit für die noch anstehenden Investitionen bis 2020 und den kommenden jahrelangen Flugbetrieb zu signalisieren?

Die Landesregierung erkennt keinen Handlungsbedarf, um dem Fliegerhorst Wunstorf die nötige Standortsicherheit zu signalisieren.

23. Wenn nein: Warum nicht?

Die behauptete Konfliktlage besteht nicht. Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen. Die Landesregierung erkennt insoweit keinen Handlungsbedarf.

24. Wenn ja: Was wird sie unternehmen?

Siehe Antwort zu Frage 22.

25. Vor dem Hintergrund des Zitats: „Bei der Erfüllung ihres verfassungsrechtlichen Auftrags wird die Bundeswehr von der Landesregierung in jeder nur möglichen Weise unterstützt. Dies gilt auch für jeden einzelnen Bundeswehrstandort in Niedersachsen“ (17/2800): Wann stoppt die Landesregierung den Teil des Verordnungsentwurf zum NSG „Totes Moor“ mit den Ausführungen zu Luftsperrgebieten und Flugbeschränkungen?

Die behauptete Konfliktlage besteht nicht. Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen. Vor diesem Hintergrund wird keine Veranlassung gesehen, in das Verordnungsverfahren zum geplanten NSG „Totes Moor“ mit Blick auf die in Rede stehenden Regelungen zu Mindestflughöhen einzugreifen.

26. Gibt es, gab es oder wird es in der Sache Gespräche mit dem BMVg geben?

Zu dem Sachverhalt der Ausweisung eines NSG hat es keine Gespräche seitens der Landesregierung mit dem BMVg gegeben. Es sind derzeit seitens der Landesregierung keine Gespräche mit dem BMVg bezüglich des geplanten NSG „Totes Moor“ geplant.

Bezüglich der Einbindung des BAIUDBw wird auf die Ausführungen zu Frage 20 verwiesen.

27. Wenn ja: Wann und in welcher Form?

Siehe Antwort zu Frage 26.

28. Was wird mit den einschränkenden Maßnahmen in der NSG-Verordnung in Sachen Start- und Landeverbote sowie Mindestflughöhen etc. verfolgt?

Das geplante NSG „Totes Moor“ umfasst u. a. das EU-Vogelschutzgebiet „Steinhuder Meer“. Dabei handelt es sich um ein Natura 2000-Gebiet im Sinne des § 32 BNatSchG. Gemäß § 32 Abs. 2 BNatSchG sind solche Gebiete zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG zu erklären, um damit der EU-rechtlich geforderten Sicherungsverpflichtung nachzukommen (siehe auch Ausführungen in der Vorbemerkung der Landesregierung). Dabei muss die Schutzgebietsverordnung inhaltlich auf die Belange des zu sichernden Natura 2000-Gebietes - d. h. im vorliegenden Fall u. a. auf das EU-Vogelschutzgebiet „Steinhuder Meer“ - abheben.

In der Schutzgebietsverordnung sind gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Die Konkretisierung der Verbote („nach Maßgabe näherer Bestimmungen“) wurde von der Region Hannover als untere Naturschutzbehörde im Entwurf der Schutzgebietsverordnung durch die in Rede stehende Regelung vorgenommen.

Grund für die Aufnahme des Verbots ist nach Auskunft der Region Hannover, dass in der Vergangenheit immer wieder festgestellt worden ist, dass durch Luftfahrzeuge erhebliche Störungen der Avifauna verursacht worden sind. Die Empfehlung im Zusammenhang mit der - nur im Winterhalbjahr (September bis Mai) - wirksamen ABA, eine Mindestflughöhe von 600 m einzuhalten, bewirkt aufgrund fehlender Rechtsverbindlichkeit keine EU-konforme hoheitliche Sicherung des EU-Vogelschutzgebietes. Ergänzend wird auf die Ausführungen zu Frage 13 verwiesen.

29. Werden diese Ziele tatsächlich nur mit diesen Maßnahmen erreicht?

Ja. Auf die Vorbemerkung der Landesregierung sowie die Ausführungen zu den Fragen 5 und 13 wird verwiesen.

30. Vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit dem Natur- und Artenschutz auf Übungsplätzen der Bundeswehr: Können die Ziele auch ohne die für den Betrieb des Militärflughafen einschränkenden Maßnahmen in der NSG-Verordnung in Sachen Start- und Landeverbote sowie Mindestflughöhen etc. erreicht werden?

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung sowie die Ausführungen zu den Fragen 5 und 13 wird verwiesen.